Arbeiterwohlfahrt in Hamburg

Eine Idee setzt sich durch –
exemplarisch dargestellt an bedeutsamen Frauen der AWO

AWO Landesverband Hamburg e.V.

Inhalt

3 Vorwort

4 Arbeiterwohlfahrt: Eine Idee setzt sich durch

6 Der Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge e.V.

10 Verbot der Arbeiterwohlfahrt 1933

11 Der Neubeginn nach 1945

16 Jüngere Entwicklungen

17 Erkennungszeichen mit Herz

18 Biografie Marie Juchacz (1879–1956)

19 Biografie Hermine Peine (1881–1973)

20 Biografie Louise Schroeder (1887–1957)

23 Biografie Berta Kröger (1891–1962)

24 Biografie Gerda Kohn (1905–1994)

25 Biografie Marta Damkowksi (1911–1982)

AWO Landesverband Hamburg e.V.

Liebe Leser_innen, liebe Freundinnen und Freunde der AWO Hamburg,

Frauen spielten stets eine entscheidende Rolle in der Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, vor und während ihrer Gründung, in den Aufbaujahren und nach 1945. Es waren engagierte Sozialdemokratinnen wie die Gründerin Marie Juchacz, die sich für die Idee der Solidarität und Selbsthilfe in der Wohlfahrtspflege und Gesundheitsfürsorge stark machten. Aber auch durch die Initiative vieler Hamburgerinnen wie Gerda Kohn, Hermine Peine, Marta Damkowski, Berta Kröger und Louise Schroeder gewann die AWO im Laufe der Zeit immer mehr an gesellschaftspolitischem Einfluss hinzu.

Diese Broschüre stellt, stellvertretend für viele haupt- und ehrenamtlich engagierte Frauen der AWO, diese weiblichen Persönlichkeiten in Kurzbiografien vor. Um darüber hinaus einen ersten Eindruck von der zunehmenden Bedeutung der AWO in Hamburg zu bekommen – auch im Hinblick auf unser 100-jähriges Jubiläum –, skizziert die Autorin und Historikerin Dr. Andrea Brinckmann die historische Entwicklung unseres Wohlfahrtsverbandes in kurzen Abschnitten.

Viel Spaß beim Lesen und interessante Einblicke wünschen

Holger Kahlbohm
Landesvorsitzender
AWO Landesverband Hamburg e.V.

Michael Schröder
Landesgeschäftsführer
AWO Landesverband Hamburg e.V.

Renate Polis
Geschäftsführerin
AWO Aktiv in Hamburg e.V.

Arbeiterwohlfahrt: Eine Idee setzt sich durch

Die Geschichte der Arbeiterwohlfahrt begann bereits in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts. Ihre Wurzeln liegen in einem starken kommunalpolitischen Engagement sozialdemokratischer Frauen. Im Kaiserreich war es Frauen untersagt, sich politischen Parteien anzuschließen. Das Reichsvereinsgesetz vom Mai 1908 hob dieses Verbot zwar auf, aber der wichtigste Schritt zur staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, die Erlangung des Wahlrechts, blieb ihnen weiterhin verwehrt. Gleichwohl gab es bereits seit der Jahrhundertwende eine dynamische sozialdemokratische Frauenbewegung, die sich auf kommunaler Ebene vor allem in Kinderschutzkommissionen an der Lösung sozialer Probleme beteiligte. 1911 gab es im Deutschen Reich bereits 135 Kinderschutzkommissionen.

Der Erste Weltkrieg beendete diese Ansätze sozialdemokratischer Wohlfahrtsarbeit. Nach vier entbehrungsreichen Jahren herrschte bei Kriegsende 1918 erneut Hunger und Arbeitslosigkeit. Die Revolution hatte jedoch Voraussetzungen für neue demokratische Verhältnisse geschaffen. Erstmals stand jetzt die Wohlfahrtspflege auf der sozialpolitischen Agenda der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD).

Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt geht auf die Initiative der Frauensekretärin im SPD-Vorstand, Marie Juchacz, zurück. In einer Sitzung des Parteiausschusses der SPD am 13. Dezember 1919 in Berlin stellte sie ihre Idee einer eigenen sozialdemokratischen Wohlfahrtsorganisation vor: Ein „Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt" müsste gegründet werden, um künftig die kontinuierliche und verantwortliche Mitwirkung der Arbeiterschaft in der Wohlfahrtspflege zu ermöglichen, sozialdemokratische Grundsätze in der Wohlfahrtsarbeit durchzusetzen und Einfluss auf wohlfahrtspolitische Reformen auszuüben.

Erste Richtlinien, die in Landes- und kommunalen Ausschüssen umgesetzt wurden, veröffentlichte der Hauptausschuss 1920. Ein Jahr später wurde eine erste Reichskonferenz in Görlitz durchgeführt, um über Aufgaben und Ziele moderner Wohlfahrtspflege zu diskutieren.

Die neue Organisation wollte sich bewusst von der „freien Liebestätigkeit" bürgerlicher Mildtätigkeitsvereine für Hilfesuchende abgrenzen. Ihre Initiator_innen betrachteten Wohlfahrtspflege als Aufgabe und Pflicht des Staates; als selbstverständliches Recht der Bevölkerung auf soziale Fürsorge, die sie im Sinne einer gerechteren Gesellschaftsordnung demokratisch und aus Solidarität mitgestalten sollten: „Die Arbeiterwohlfahrt ist die soziale Selbsthilfe der Arbeiter", formulierte Reichspräsident Friedrich Ebert 1919 anlässlich ihrer Gründung. Im Vordergrund stand nicht die Linderung der Folgen sozialer Not, sondern ihre Prävention durch Schaffung menschenwürdiger Lebensverhältnisse. Die Hilfe indes sollte ohne Unterschied der Herkunft, Parteizugehörigkeit oder Religion gegeben werden.

An der Spitze der Organisation stand der Haupt-

> *Die Arbeiterwohlfahrt ist die soziale Selbsthilfe der Arbeiter.*

Friedrich Ebert, 1919

ausschuss mit Sitz in Berlin, ihm schlossen sich 32 Bezirksausschüsse aus dem gesamten Reichsgebiet an, die wiederum in Kreis- und Ortsausschüsse gegliedert waren. Die Finanzierung erfolgte durch Mitgliedsbeiträge, den Verkauf von Wohlfahrtsmarken, Sammlungen und durch staatliche Zuschüsse.

1930 bestand die Arbeiterwohlfahrt aus 2.550 Ortsausschüssen. In unzähligen kleinen Orten hielten Vertrauensleute Verbindung mit dem Hauptausschuss. Die Idee hatte sich durchgesetzt. Ganz bewusst sollten keine starren Richtlinien die Arbeit der AWO eingrenzen, auch organisatorisch nicht. Von der anfänglichen Idee einer „losen Ausschussform ohne geschlossene Mitgliedschaft und feste Beiträge“ wurde in einzelnen Bezirken schon bald Abstand genommen, als Gewerkschaften und lokale Arbeitervereine korporative Mitglieder wurden. Gelegentlich bildeten sich Vereine – so auch in Hamburg.

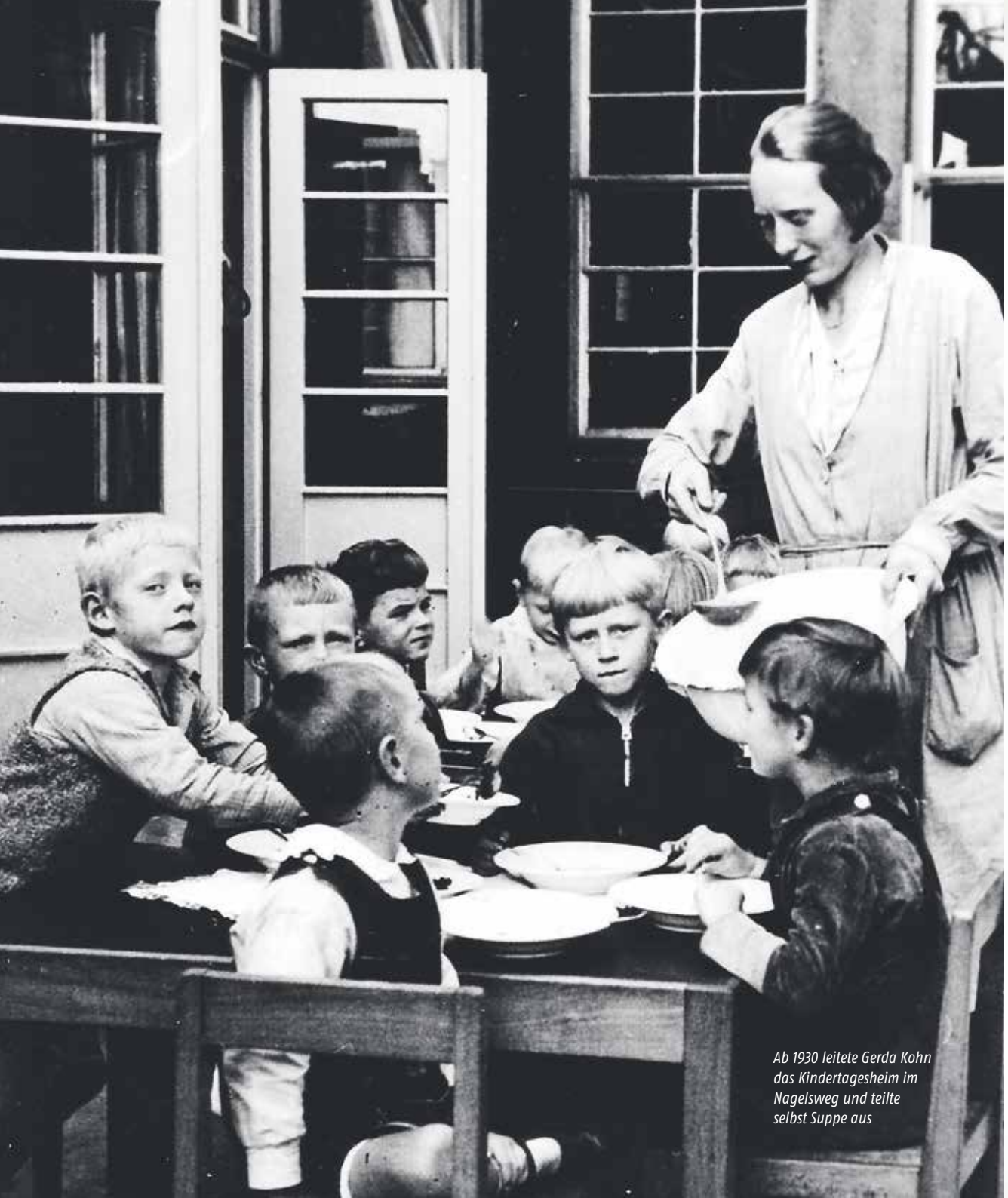
Marie Juchacz, ca. 1921

Der Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge e.V.

Bereits eine Woche bevor der Berliner Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt gegründet wurde, fand in Hamburg am 5. Dezember 1919 eine Versammlung aller im Wohlfahrtsbereich arbeitenden Sozialdemokrat_innen statt. Aus dieser Initiative entwickelte sich im Februar 1920 der „Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge e.V.“, als Ortsgruppe des Berliner Hauptausschusses. Nachdem im Mai 1920 die Bürgerschaft mit der Verabschiedung des „Gesetzes über das Wohlfahrtsamt“ einer Neuorganisation der öffentlichen Wohlfahrtspflege zustimmte, wirkte die Hamburger Arbeiterwohlfahrt durch die Beteiligung an etlichen Sozial- und Jugendausschüssen bald kontinuierlich auf den Ausbau der kommunalen Armen- und Jugendschutzgesetze ein.

Als Untergliederung der SPD wollte die Arbeiterwohlfahrt Helfer- und Funktionärsverband, nicht aber Träger eigener sozialer Einrichtungen sein. Angesichts der großen sozialen Not initiierten die Mitglieder jedoch vielerorts, oft spontan und in Eigenregie, Hilfsmaßnahmen: nicht nur in Hamburg entstanden so Suppenküchen, Beratungsdienste, Nähstuben, Hilfen für alte Menschen oder Ferienkolonien für Arbeiterkinder. In der Hansestadt ermöglichte der Ausschuss im Mai 1920 die Eröffnung einer ersten Kindererholungsstätte in Graal/Mecklenburg; im darauffolgenden Winter konnten zum ersten Mal spendenfinanzierte Lebensmittelpakete an bedürftige Hamburger_innen verteilt werden. Eine zweite Säule des Ausschusses stellten Schulungskurse für haupt- und ehrenamtliche Wohlfahrtspfleger_innen dar. Schon bald gehörten 1.800 der 2.500 Mitglieder, die im Wohlfahrtsbereich in Hamburg tätig waren, der Arbeiterwohlfahrt an.

Besonderes Augenmerk legte der Hamburger Ausschuss auf die gesundheitliche Betreuung von Kindern, insbesondere auf Genesungs- und Stadtranderholung. Das Ferienheim in Graal musste infolge der Inflation im Herbst 1923 zwar aufgegeben werden. Doch das Dr.-Roß-Kinderheim auf Sylt, das im selben Jahr mit Hilfe eines städtischen Darlehens übernommen worden war, führte die Arbeiterwohlfahrt auch weiterhin als Heilstätte für lungenschwache Kinder fort, ebenso wie ein Kindererholungsheim in St. Peter Ording.



Ab 1930 leitete Gerda Kohn das Kindertagesheim im Nagelsweg und teilte selbst Suppe aus

„Auch in Hamburg entstanden Suppenküchen, Beratungsdienste, Nähstuben, Hilfen für alte Menschen oder Ferienkolonien für Arbeiterkinder.“

Gerda Kohn in der Ferienkolonie Köhlbrand um 1931

> *„Ferien am Elbstrand: Bis 1929 besuchten rund 100.000 Stadtkinder die Kolonie Köhlbrand.“*

Mit der Ferienkolonie Köhlbrand schuf die Arbeiterwohlfahrt 1922 eine örtliche Tageskolonie für Stadtkinder, um ihnen in den Ferien am Elbstrand Erholung bei gutem Essen und gesundheitlicher Betreuung zu ermöglichen. Durch den Zusammenschluss mehrerer Vereine wurde die Kolonie sukzessive erweitert und später auch während der Schulzeit betrieben – bis 1927 hatten rund 100.000 Kinder den Köhlbrand besucht.

Seit 1924 richtete die Hamburger Arbeiterwohlfahrt in mehreren Stadtvierteln zusätzlich Kindergärten ein. 1928 wurde die Geschäftsführung für ein vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund finanziertes Heim für ledige berufstätige Mütter am Nagelsweg übernommen – eine im Reich einmalige soziale Einrichtung. In der angeschlossenen Tagesstätte betreuten Pflegerinnen der Arbeiterwohlfahrt Kinder aller Altersgruppen. Inzwischen hatte sich 1926 der Ortsausschuss in „Ver-

ein für Arbeiterwohlfahrt (Hamburger Ausschuss für soziale Fürsorge) e.V.“ umbenannt, um eine Anpassung an die Richtlinien des Berliner Hauptausschusses vorzunehmen.

Ehrenamtliche Mitglieder besaßen Sitz und Stimme in den Ausschüssen der Wohlfahrts- und Jugendämter, umgekehrt traten zahlreiche hauptamtlich Beschäftigte der entsprechenden Behörden der Arbeiterwohlfahrt bei. Sie unterstützten die Forderungen, die auf der politischen Agenda des Hauptausschusses standen: Diese galten unter anderem dem Ausbau des Säuglings- und Mutterschutzes, der Einrichtung von Sexualberatungsstellen sowie einer Reform des Paragrafen 218, der Abtreibung grundsätzlich unter Strafe stellte.

Die Wirtschaftskrise, die 1929 mit dem Börsenkrach begann, hatte auch auf Hamburg katastrophale Auswirkungen. Trotz zunehmender Arbeitslosigkeit und entsprechend steigender Abhängigkeit von Fürsorgeleistungen schritt der Sozialabbau voran. Mit Einrichtung weiterer Nähstuben, Erwerbslosen-Küchen und Beratungsinitiativen setzte die Arbeiterwohlfahrt jetzt noch stärker auf die Selbsthilfe ihrer Mitglieder. Immer mehr Menschen suchten die Geschäftsstelle der Arbeiterwohlfahrt in der Großen Theaterstrasse 44 auf. Trotz sinkender Zuschüsse des Senates wurden fünf hauptamtliche Kräfte eingestellt, die gemeinsam mit Ehrenamtlichen Tausende von Hamburger_innen bei sozialen Problemen berieten. Auch die eigenen Einrichtungen der Arbeiterwohlfahrt waren stark bedroht, mussten aber zum Glück nicht geschlossen werden. Auf dem Höhepunkt der Krise beteiligte sich die Arbeiterwohlfahrt gemeinsam mit anderen Verbänden und ehrenamtlicher Hilfe am 1931 gegründeten Winterhilfswerk „Volkshilfe in Volksnot“.

Dr.-Roß-Kinderheim auf Sylt

Geschäftsstelle der AWO in der Großen Theaterstraße 44

Das Verbot der Arbeiterwohlfahrt 1933

Bald nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 31. Januar 1933 wurde die Arbeiterwohlfahrt als einziger Wohlfahrtsverband verboten, aufgelöst und das gesamte Vermögen beschlagnahmt. In Hamburg war es auf Anordnung des Senates am 29. September 1933 soweit. Ihre Einrichtungen hatte die Arbeiterwohlfahrt bereits vorher an die Nationalsozialistische Volkswohlfahrt verloren. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Hamburger Ortsausschuss aus 16 Bezirken und etwa 2.000 ehrenamtlichen Wohlfahrts- und Jugendpfleger_innen bestanden. Zahlreiche Mitglieder und Funktionär_innen aus ganz Deutschland wurden verfolgt, inhaftiert, starben in Konzentrationslagern oder wurden hingerichtet.

Marie Juchacz musste ebenso emigrieren wie Hedwig Wachenheim, eine engagierte Sozialpolitikerin und Chefredakteurin der „Arbeiterwohlfahrt“. Noch vor Kriegsende begann eine kleine Gruppe um Marie Juchacz damit, in ihrem New Yorker Exil Paket-Hilfsaktionen für Deutschland vorzubereiten.

Der Neubeginn nach 1945

Unmittelbar nach Kriegsende nahmen ehemalige Mitglieder in Hamburg den Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt in die Hand, am 28. August 1945 erfolgte ihre Anerkennung durch die britische Militärregierung. Die Idee war geblieben, doch die Organisation sah sich angesichts des Elends vor ungleich schwierigere Aufgaben gestellt als bei ihrer Gründung, zumal sich unzählige ehemalige Mitstreiter_innen im Exil aufhielten oder nicht mehr lebten. Alte Unterlagen bestanden nicht mehr. Im stark beschädigten Haus des Deutschen Roten Kreuzes am Harvestehuder Weg konnte zunächst wieder mit der Arbeit begonnen werden. Ende der 1940er-Jahre bezog der Ausschuss Räume in der Rothenbaumchaussee 44.

Große Teile der Stadt lagen bei Kriegsende in Trümmern, nur ein Fünftel des Wohnungsbestandes blieb intakt. Im darauffolgenden, außergewöhnlich harten Winter reichten Lebensmittel, Heizmaterial und die von der britischen Militärregierung aufgestellten Wellblechhütten, die sogenannten Nissenhütten, für 42.000 Hamburger_innen kaum aus, um die größte Not zu lindern. Staatliche Strukturen, mit denen helfend eingegriffen werden konnte, existierten nicht.

Durch die 1937 per Groß-Hamburg-Gesetz erfolgte Eingemeindung der selbständigen Städte Altona, Harburg-Wilhelmsburg und Wandsbek nach Hamburg, vergrößerte sich das Einzugsgebiet des wiedergegründeten AWO Landesverbandes beträchtlich. Die teils ähnlichen, teils anderen Gewichtungen der früheren Arbeit dieser AWO-Ortsausschüsse flossen nun in die Arbeit der Hamburger Arbeiterwohlfahrt mit ein, gehören seither auch mit zur Tradition dieses Landesverbandes. Die Situation stellte sich in allen Stadtteilen ähnlich dar.

Beengte Wohnverhältnisse nach 1945

> *Angesichts des Elends in der Nachkriegszeit sah sich die AWO vor ungleich schwierigere Aufgaben gestellt als bei ihrer Gründung.*

Gemeinsam mit anderen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege hatte die Arbeiterwohlfahrt deshalb im Sommer 1945 die „Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege“ gegründet. Als Aufgaben standen zunächst die von internationalen Hilfsorganisationen finanzierten Massenspeisungen, die Verteilung von Auslandsspenden und die Heimkehrer- und Flüchtlingsbetreuung im Vordergrund. Die Arbeiterwohlfahrt richtete außerdem wieder Nähstuben ein. Darüber hinaus galt es, die von den Nationalsozialisten beschlagnahmten Kindererholungsstätten in Hamburg und an der Nordsee wiederzuerlangen. 1946 konnten die Tageskolonie am Köhlbrand, das Dr.-Roß-Kindererholungsheim auf Sylt und weitere Einrichtungen in Betrieb genommen werden. In Farmsen eröffnete die Arbeiterwohlfahrt mit dem Jonni-Birckholtz-Heim eine neue Tageskolonie, im Alstertal entstand das Jugendheim Hohenbuchen.

Intern stand die Frage im Raum, ob ehemalige NSDAP-Mitglieder wieder aufgenommen werden sollten, da sich viele ehemalige Fürsor-

ger_innen nach 1933 nicht in der Lage gesehen hatten, eine Aufforderung zum Partei-Eintritt abzulehnen. Dies betraf zum Beispiel die ehemalige sozialdemokratische Bürgerschaftsabgeordnete Hilde Ollenhauer. Sie beteuerte, im Mai 1937 in die NSDAP eingetreten zu sein, um weiterhin als Sacharbeiterin in der örtlichen Erholungspflege arbeiten zu können. Von 1950 bis 1986 engagierte sie sich in der Arbeiterwohlfahrt, seit 1962 gehörte sie dem Vorstand des Hamburger Landesverbandes an.

Eine finanzielle Basis schufen die Mitglieder in den ersten Nachkriegsjahren mit Haussammlungen. Anders als vor 1933 initiierte die Arbeiterwohlfahrt jetzt auch Mitgliederwerbung, um den Wiederaufbau zu organisieren. Viele Hamburger_innen folgten dem Aufruf. Rasch wurden die Distrikte wieder aufgebaut. Durch ihre Mitglieder war die Arbeiterwohlfahrt bald wieder in den Kommissionen der Hamburger Jugend-, Sozial- und Gesundheitsbehörde vertreten, außerdem in Fachausschüssen fürsorgerischer Arbeit, etwa in der Kriegsgefangenenhilfe. 1948 umfasste der Landesverband Hamburg 15 Ortsausschüsse mit knapp 20.000 Mitgliedern. Der Amtssitz des 1946 offiziell neu gegründeten Hauptausschusses befand sich in Hannover, bis er 1952 nach Bonn verlegt wurde. Seine Hauptaufgaben bestanden darin, den Wiederaufbau der Distrikte zu unterstützen und Netzwerke zu schaffen. Aber auch das Verhältnis zur Partei musste geklärt werden: Auf dem Bezirksparteitag der SPD Nordwest am 18. November 1947 beschlossen die Beteiligten, dass Arbeiterwohlfahrt und SPD zwei selbständige Organisationen seien, aber auf enge Zusammenarbeit und Erfahrungsaustausch setzten. Die Währungsreform stellte allerdings die Arbeiterwohlfahrt zunächst vor große Probleme. Von „verheerenden Folgen“ war auch in Hamburg kurzzeitig die Rede, als die Besucherzahlen der Einrichtungen aufgrund finanzieller Engpässe bei den Kostenträgern zurückgingen.

In den 1950er-Jahren konnte die Hamburger Arbeiterwohlfahrt ihr Erholungswerk weiter ausbauen. Für Kinder, aber auch für Mütter und alte Menschen wurden Heilkuren eingeführt, Familien konnten sich gemeinsam im Hamburger Feriendorf Bad Bevensen erholen. Als vom 17. bis zum 20. Oktober 1956 die Hansestadt Hamburg Gastgeberin der Reichskonferenz der

Arbeiterwohlfahrt war, sprach die Vorsitzende Lotte Lemke künftige Herausforderungen an. Neben der kontinuierlichen Mitarbeit am Aufbau des demokratischen und sozialen Staates müsse die freie Wohlfahrtspflege sich auch den gesellschaftlichen Veränderungen stellen. Es gelte nicht nur zu verhindern, dass der Staat solidarische Mitgestaltung durch sein Interesse, soziale Aufgaben verstärkt in Eigenregie zu lösen, zurückdränge. Es müsse auch zunehmender Vereinsamung und Beziehungslosigkeit in der modernen Gesellschaft entgegengewirkt werden, wie Lemke ausführte.

Die Fürsorge für alte Menschen bildete daher in den 1960er-Jahren einen neuen Schwerpunkt der Arbeiterwohlfahrt. Kontinuierlich stieg die Zahl der Altentagesstätten. 1985 betreuten ehrenamtliche AWO-Mitarbeiter_innen bereits 29 über das gesamte Stadtgebiet verteilte Tageseinrichtungen, in denen ältere Menschen Freizeit- und Bildungsangebote wahrnehmen konnten. Hinzu kamen zwei Pflegeheime und ein eigenes Wohnzentrum mit altersgerechten Wohnungen.

Sukzessive löste die Kindertagesbetreuung die Erholungsfürsorge ab. Als im „Wirtschaftswunder“ Erholungsreisen zunehmend auch für Arbeiterfamilien erschwinglich wurden, bot die Hamburger Arbeiterwohlfahrt verstärkt berufstätigen oder alleinerziehenden Eltern mit der Einrichtung von Kindertagesstätten Unterstützung bei der täglichen Unterbringung ihrer Kinder an. Mittlerweile betreibt die Arbeiterwohlfahrt in verschieden Stadtteilen der Hansestadt insgesamt 23 Kindertagesstätten, zwei Eltern-Kind-Zentren, zwei Spielhäuser und bietet zusätzliche Betreuungsmöglichkeiten für Schulkinder an.

Ebenfalls in den 1960er-Jahren entwickelte die Arbeiterwohlfahrt mit Beratungs- und Integrationshilfen für ausländische Arbeitnehmer_innen ein ganz neues Aufgabenfeld, in Hamburg vor allem für türkische und jugoslawische Familien. Als Mitte der 1970er-Jahre die Asylbewerberzahlen stiegen und die Bundesregierung mit restriktiven Maßnahmen versuchte, die Gewährung des Grundrechtes auf Asyl zu erschweren,

„In den 1960er-Jahren löste die Kindertagesbetreuung allmählich die Erholungsfürsorge ab.“

reagierte die Arbeiterwohlfahrt daraufhin mit der Einrichtung von Beratungsstellen in Altona und Harburg. Damit wollte der Wohlfahrtsverband bessere Aufenthaltsbedingungen für die oft in Sammelunterkünften lebenden Flüchtlinge erwirken und sie in der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen.

Die Bemühungen der Arbeiterwohlfahrt um eine Liberalisierung des § 218 und die Einrichtung von Sexualberatungsstellen reicht bis in die Weimarer Republik zurück. Dass in Hamburg im Mai 1982 gemeinsam mit Pro Familia ein Familienplanungszentrum eröffnet wurde, war vor allem der Initiative des AWO-Vorstandsmitglieds Marta Damkowski zu verdanken, die bereits 1964 an der Gründung des Hamburger „Beratungszentrums für Geburtenregelung“ mitgewirkt hatte. Das Familienplanungszentrum bot Beratungsleistungen und Geburtsvorbereitungskurse an, aber auch ambulante Schwangerschaftsabbrüche, die seit der Reform des § 218 von 1976 nun auch bei sozialer Indikation straffrei blieben.

Jüngere Entwicklungen

Viele soziale Probleme, zu deren Lösung die Arbeiterwohlfahrt in Hamburg seit 1919 als soziale Selbsthilfeorganisation beiträgt, bleiben unverändert aktuell: Armut, Krankheit, Vereinsamung und die Not der unzähligen Flüchtlinge. Der Anteil der Bevölkerung, der in prekären wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen lebt, wird nicht kleiner. Viele Hamburger_innen aller Generationen sind auch heute auf die Hilfe der AWO angewiesen oder profitieren von den unterschiedlichen Beratungsleistungen, die von heute rund 1.300 haupt- und etwa 1.100 ehrenamtlichen Kräften erbracht werden.

In den 2000er-Jahren intensivierte die Hamburger Arbeiterwohlfahrt ihre Leistungen insbesondere für Senior_innen, unter anderem mit der Eröffnung und Erweiterung von Wohn- und Pflegeanlagen für demenziell Erkrankte, in denen etwa pflegebedürftige Menschen und alleinerziehende Mütter unter einem Dach wohnen. Das Leitbild der Arbeiterwohlfahrt ist seit den Gründungstagen bis zur Gegenwart unverändert geblieben: Der Verband tritt nicht nur als karitativer, sondern auch als sozial- und gesellschaftspolitischer Verband für eine sozial gerechte, solidarisch handelnde Gesellschaft ein und nimmt auf allen Ebenen politischen Einfluss.

Erkennungszeichen mit Herz

Seit Bestehen der Arbeiterwohlfahrt war ein Herzsymbol das Erkennungszeichen des Verbandes. Das erste rote Herz entstand zu Beginn der 20er-Jahre (ca. 1921).

Wer es entworfen hat und wie es beschlossen wurde, darüber gibt es in den Archiven der Arbeiterwohlfahrt keine Unterlagen mehr, nachdem ein Brand am 10. Dezember 1955 viele Archivbestände in der Bundesgeschäftsstelle vernichtet hatte. Im ersten „roten Herzen" stehen die beiden Buchstaben A W. Dies war lange Zeit die (in)offizielle Abkürzung der Arbeiterwohlfahrt.

Nach dem Verbot der Arbeiterwohlfahrt 1933 und der Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das „AWO-Logo" nahezu unverändert wiederverwendet.

Ein wenig klarer, prägnanter und einfacher sollte die neue Linienführung der Buchstaben A & W sein, als das Logo zu Beginn der 1960er-Jahre überarbeitet wurde. Es blieb aber bei der an die Frakturschrift angelehnten Typografie. Diese Version wurde bis in die 90er-Jahre verwendet.

1989 beschloss die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Bonn, das Erkennungszeichen zu wechseln. Es war insbesondere für jüngere Generationen kaum lesbar und hatte, so ergaben Untersuchungen, keinen Wiedererkennungswert. „Eingebürgert" hatte sich außerdem bei der Mehrzahl der Bundesbürger die Abkürzung „AWO". Auf das Herzsymbol wollte der Verband nicht verzichten, deshalb entstand das seit dem 1. Januar 1993 geltende Logo/Signet. Es wurde aus zahlreichen Entwürfen verschiedener Agenturen ausgewählt. Entworfen wurde es von dem „Grafikatelier Lummer & Tümmers".

Das aktuelle Logo wird seit 2008 als schlichtere, gradliniegere Variante genutzt.

1921 / 1924
Das erste Logo in schwarz-weiß und in Farbe
Links das Logo der AWO von 1921, rechts von 1924

1946–ca. 1960
Das Logo der AWO von 1946

1960–1993
Das Logo der AWO von 1960

1993–2008
Das Logo der AWO von 1993

seit 2008
Das aktuelle Logo der AWO

Marie Juchacz (1879–1956)

Die Gründung der Arbeiterwohlfahrt ist maßgeblich Marie Juchacz zu verdanken, einer kämpferischen Politikerin, die als Parlamentarierin zu wichtigen sozialpolitischen Reformen der Weimar Republik beitrug. Sie wurde als Marie Luise Gohlke am 15. März 1879 in Landsberg/Warthe in einfachen Verhältnissen geboren. Nach dem Besuch der Volksschule verdiente sie ihren Lebensunterhalt unter anderem als Krankenpflegerin und Näherin. Ihre Ehe mit Bernhard Juchacz, aus der zwei Kinder hervorgingen, währte nur kurz. Nach ihrem Umzug in die Reichshauptstadt wandte sich Marie Juchacz der Sozialdemokratie zu und trat 1908 der Partei bei. 1917 übertrug der Parteivorstand ihr die Leitung des SPD-Frauenbüros. Bis 1933 gehörte die Reichstagsabgeordnete ununterbrochen dem Parteivorstand an. Nachdem Marie Juchacz am 13. Dezember 1919 vom Parteivorstand die Zustimmung zur Gründung des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt erhalten hatte, widmete sie sich neben ihrer politischen Arbeit ganz dem Aufbau des Verbandes und entwickelte die bis 1925 gültigen Richtlinien für die Arbeit der Arbeiterwohlfahrt.

„Eine kämpferische Politikerin...“

1933 floh Marie Juchacz vor den Nationalsozialisten erst nach Frankreich und 1941 in die USA. Nach 1945 kehrte sie nicht sofort nach Deutschland zurück, sondern organisierte von New York aus Hilfslieferungen für die während der NS-Zeit verbotene und jetzt neugegründete Arbeiterwohlfahrt und für Familien verfolgter SPD-Angehöriger. Zurück in Deutschland galt ihr Engagement ab 1949 ganz den Zielen und dem Ausbau der Arbeiterwohlfahrt, zu deren Ehrenvorsitzende sie im selben Jahr ernannt wurde. Für Schulungen, Konferenzen und Vorträge reiste die mittlerweile über 70-jährige Marie Juchacz durch die Bundesrepublik. Am 28. Januar 1956 starb sie nach längerer Krankheit in Düsseldorf.

Hermine Peine (1881–1973)

Hermine Friederike Peine, geborene Kreet, wurde am 19. September 1881 in Hamburg geboren. Durch ihr sozialdemokratisch geprägtes Elternhaus war sie seit ihrer Kindheit mit politischen und gewerkschaftlichen Fragen vertraut. Nach dem Besuch der Volksschule arbeitete sie bis zu ihrer Heirat 1902 als Hausangestellte. 1908 trat die zweifache Mutter in die Sozialdemokratische Partei ein und engagierte sich in erster Linie ehrenamtlich in der Sozialfürsorgearbeit. Seit 1919 gehörte sie der Deputation der Wohlfahrtsbehörde und dem Ausschuss für die staatlichen Heimeinrichtungen an. 1920 war Hermine Peine Mitbegründerin des „Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge“. Über zehn Jahre gehörte sie dem Hamburger SPD-Vorstand an, zwischen 1924 und 1933 unterstützte sie als Bürgerschaftsabgeordnete die Aufgaben und Ziele der Arbeiterwohlfahrt. Am 1. Juli 1929 wurde Hermine Peine aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen die Leitung des staatlichen Altersheims in Groß Borstel übertragen.

„Mitbegründerin des „Hamburger Ausschusses für soziale Fürsorge“

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurde sie aufgrund ihrer politischen Tätigkeit verfolgt. Am 28. Juni 1933 erfolgte ihre Entlassung gemäß § 4 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums. Ein Jahr später durchsuchte die Gestapo die Wohnung Hermine Peines, weil bei ihr heimliche politische Zusammenkünfte vermutet wurden. Arbeit fand sie nach ihrer Entlassung zunächst nicht. Drei Jahre erhielt sie Arbeitslosenunterstützung, danach lebte sie von Zuwendungen ihrer Kinder und der Untervermietung von Zimmern. Ein 1940 gegen Hermine Peine angestrengter Prozess verlief im Sande, weil die gegen sie erhobenen Vorwürfe der Wehrkraftzersetzung nicht bewiesen werden konnten. Nach dem missglückten Hitler-Attentat in Berlin wurde Hermine Peine am 22. August 1944 als „politisch unzuverlässig“ für zehn Tage im Konzentrationslager Fuhlsbüttel in Haft genommen.

Nach Kriegsende engagierte sich die Sozialdemokratin erneut im Hamburger Ausschuss der Arbeiterwohlfahrt und fungierte seit 1945 als stellvertretende Vorsitzende. Am 1. September setzte die britische Militärregierung Hermine Peine wieder in ihr Amt als Heimleiterin ein, das sie bis zu ihrem Ruhestand 1949 leitete. Für ihr öffentliches und soziales Engagement wurde sie mit der Bürgermeister-Stolten-Medaille ausgezeichnet. Hermine Peine starb am 19. August 1973 in Hamburg.

Louise Schroeder (1887–1957)

Louise Schroeder, lange Zeit in ihrer Heimatstadt fast vergessen, gehört zu den bedeutendsten deutschen Politikerinnen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts und war – neben Marie Juchacz – eine der führenden Frauen der ersten Generation in der Arbeiterwohlfahrt.

Am 2. April 1887 wurde sie in einem Hinterhaus im heutigen Hamburger Stadtteil Altona-Altstadt geboren. Sie wuchs in Altona und Ottensen in einer sozialdemokratischen Familie in einfachen Verhältnissen auf. Altona war damals noch eine selbständige preußische Großstadt, neben Kiel die größte Stadt Schleswig-Holsteins. Erst seit dem Groß-Hamburg-Gesetz von 1937 gehört Altona zu Hamburg.

Ihre Eltern waren mittellos vom Land in die Großstadt gekommen. Der Vater arbeitete fortan als Bauhilfsarbeiter und sägte im Winter Eis für die Brauereien. Die Mutter eröffnete, nach dem Umzug der Familie in die Ottenser Völckersstraße, in der Souterrainwohnung einen kleinen Gemischtwarenladen. Von klein auf lernte Louise Schroeder die schwierigen Lebens- und Arbeitsbedingungen, aber auch die Kraft von Zusammenhalt, Mut und Hilfsbereitschaft im Arbeitermilieu kennen. Gefördert von den Eltern und Geschwistern konnte sie die Realschule und anschließend noch ein Jahr lang die kaufmännische Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg besuchen. Mit 15 Jahren fing sie bei einer Versicherungsgesellschaft in Hamburg als Stenotypistin an. Dort arbeitete sie bis 1918, zuletzt als Privatsekretärin der Chefs. Durch die Arbeit mit den Versicherungsunterlagen wurde sie vertraut mit den sozialen Verhältnissen. Sie erhielt einen vertieften Einblick in die Probleme berufstätiger Frauen während der Schwangerschaft und nach der Geburt sowie in die oft lebensbedrohlichen Folgen für Mutter und Kind aufgrund des fehlenden Mutterschutzes. Diese Erfahrung blieb nicht folgenlos.

1910 war sie in die SPD Altona-Ottensen eingetreten. Der Einsatz für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung wurde Richtschnur ihres politischen und sozialen Handelns – verbunden mit der Offenheit, über Partei- und Verbandsgrenzen hinweg dafür Verbündete zu suchen und zu finden. 1915 wurde sie in den Ortsvorstand, 1919 über die Schleswig-Holsteinische Landesliste in die Deutsche Nationalversammlung gewählt. Sie gehörte damit, wie Marie Juchacz, zu den 37 Frauen, die zum ersten Mal in der deutschen Geschichte in einem parlamentarischen Gremium die Geschicke des ganzen Landes mitbestimmen konnten. Hier und als kontinuierliches Mitglied des Deutschen Reichstags bis 1933 brachte sie wichtige sozialpolitische Gesetzesreformen auf den Weg. Ihre größten Erfolge erzielte sie mit der Durchsetzung der Mutterschutzgesetzgebung. Das erste deutsche Mutterschutzgesetz war auch als „Lex Schroeder" bekannt und sollte die rechtliche Stellung und finanzielle Lage lediger Mütter verbessern. Von 1919-1933 war sie überdies Vorstandsmitglied im SPD-Bezirk Schleswig-Holstein, von 1919 bis 1924 auch Mitglied des SPD-Parteiausschusses in Berlin und von 1929 bis 1933 Altonaer Stadtverordnete.

„Das erste deutsche Mutterschutzgesetz war auch als ‚Lex Schroeder' bekannt."

Louise Schroeder war aber nicht nur eine erfolgreiche Politikerin. Die enge Verknüpfung von politischer Gesetzgebungsarbeit im Reichstag und ihrer praktischen Arbeit gegen die soziale und wirtschaftliche Not der Menschen zeichnete sie aus. Altona zählte neben Hamburg zu den ersten Städten, in denen sich Anfang 1920 Ortsgruppen der Arbeiterwohlfahrt gründeten. Louise Schroeder, die seit Dezember 1919 als Gründungsmitglied des zentralen AWO-Hauptausschusses in Berlin reichsweit die Ziele und den Aufbau der Arbeiterwohlfahrt mit entwickelte, engagierte sich auch aktiv beim Aufbau des Altonaer Ortsausschusses in dessen Vorstand. 1923 wurde sie zur Vorsitzenden des AWO-Landesverbundes Schleswig-Holstein gewählt und bis 1933 immer wieder in diesem Amt bestätigt. Seit 1925 lehrte sie außerdem als Dozentin für Sozialpolitik an der Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt in Berlin (der späteren Fachhochschule für Sozialpädagogik). Sie verfasste das 1927 von Hedwig Wachenheim herausgegebene „Lehrbuch der Wohlfahrtspflege", das rasch zum Standardwerk avancierte, mit. Daneben übernahm sie, soweit die knapp bemessene Zeit es ihr erlaubte, immer wieder Referate für AWO-Fortbildungsseminare in ganz Schleswig-Holstein. In Altona leitete sie von 1923 bis 1925 nicht nur die Altonaer Notgemeinschaft, einen Zusammenschluss aller in der Stadt tätigen sozialen Verbände zur Linderung der großen durch die Inflation ver-

ursachten Not, sondern auch das Altonaer Pflegeamt. Dabei konnte sie vor allem Weichen zur praktischen Verbesserung der Situation junger Mädchen und lediger Mütter stellen. 1927 wurde am Hogenfeldweg ein städtisches, offenes Mädchenheim eingeweiht, für das Louise Schroeder sich seit Jahren stark gemacht hatte. Die Einrichtung galt als so modern, dass sie nach AWO-Fortbildungen zur Wohlfahrtspflege aus ganz Schleswig-Holstein als positives Beispiel gerne besucht und besichtigt wurde. Gut vernetzt trug die engagierte Sozialdemokratin örtlich, auf Landes- und auf Reichsebene erfolgreich zum kontinuierlichen Ausbau der Arbeiterwohlfahrt und zur Umsetzung der Sozialreformen bei.

Auch Louise Schroeder wurde von den Nationalsozialisten verfolgt und bespitzelt. Nachdem sie 1933 alle politischen Mandate und ihre Lehrtätigkeit an der Berliner Wohlfahrtsschule der Arbeiterwohlfahrt verloren hatte, versuchte sie sich zunächst mit einem kleinen Brotladen in Hamburg-Hammerbrook durchzuschlagen. Nachdem das fehl geschlagen war – der Laden wurde überwacht und immer weniger Kundschaft kam – ging sie 1938 nach Berlin und fand dort eine Anstellung als Schreibkraft in einer Baufirma. Als der Firmenchef später erfuhr, wer seine Mitarbeiterin war, übertrug er ihr die soziale Betreuung der Beschäftigten.

Nach Kriegsende stellte sie sich sofort wieder für den demokratischen Wiederaufbau, nun von Berlin aus, zur Verfügung. Von 1946 bis 1948 war sie zweite Vorsitzende des SPD-Landesverbandes Berlin. Als stellvertretende und zeitweise Regierende Bürgermeisterin von Berlin steuerte sie zwischen 1946 und 1951 die Geschicke der Stadt in schwierigen Zeiten. Seit 1949 war sie Mitglied des Deutschen Bundestages und gestaltete noch einmal die deutsche Gesetzgebung mit, seit 1950 gehörte sie außerdem als Delegierte der beratenden Versammlung des Europarates an. Daneben half sie schon seit 1946, die Berliner Arbeiterwohlfahrt wieder aufzubauen und engagierte sich erneut 1950 als Mitbegründerin, zeitweise Direktorin und Vorsitzende des Kuratoriums des Sozialpädagogischen Instituts der Arbeiterwohlfahrt der Stadt Berlin e.V. für die Ausbildung in sozialen Berufen.

Anfang 1950 war Louise Schroeder laut einer Umfrage in der Bundesrepublik die bekannteste und beliebteste deutsche Politikerin. In der Nachkriegszeit erhielt sie zahlreiche Auszeichnungen. 1957 wurde sie als erste Frau in der Stadtgeschichte zur Ehrenbürgerin Berlins ernannt. Kurz vor ihrem Tod verliehen ihr die Universität Köln für ihr Lebenswerk die Ehrendoktorwürde und die Freie Universität Berlin den Ehrensenatorbrief. Am 4. Juni 1957 starb Louise Schroeder in Berlin. Drei Tage später verabschiedete sich die Stadt Berlin mit einem feierlichen Staatsakt von ihr. Am 20. Juni 1957, nach der Einäscherung, wurde die Urne unter großer Anteilnahme der Bevölkerung nach Hamburg überführt und auf Wunsch der Verstorbenen auf dem Grab ihrer Eltern in Hamburg-Bahrenfeld beigesetzt.

Berta Kröger (1891–1962)

Berta Marie Sophie Kröger, geborene Bischoff, wurde am 24. September 1891 in Harburg geboren. Nach dem Volksschulabschluss arbeitete sie ab 1905 als Hausangestellte. Über ihre Heirat mit einem Wilhelmsburger Arbeiter ist wenig bekannt. 1912 trat sie in die SPD ein und engagierte sich während des Ersten Weltkrieges als Frauenwerberin für die Partei.

> *„Engagement der Verwirklichung eines humanen Strafvollzuges“*

Von 1919 bis 1927 war Berta Kröger Mitglied des Gemeinderates in Wilhelmsburg. Im selben Jahr erhielt sie ein Mandat als Kreistagsabgeordnete in Harburg. Anschließend war sie von 1921 bis 1933 Mitglied des preußischen Landtages, in dem sie sich für die Streichung des § 218 einsetzte. Berta Kröger gehörte dem Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt an, von dem sie kontinuierlich Anregungen in sozialen und fürsorgerischen Fragen nach Hamburg mitbrachte. Auch nach der Neugründung des Hauptausschusses fungierte sie nach 1945 wieder als dessen Beiratsmitglied und als zweite Vorsitzende des Hamburger Ausschusses. Als SPD-Politikerin wurde auch Berta Kröger 1933 von den Nationalsozialisten verfolgt und kurz inhaftiert; am 2. September 1936 erfolgte die Beschlagnahmung eines Teils ihrer Bibliothek. Ihren Lebensunterhalt bestritt sie während der NS-Zeit bis nach dem Krieg als Brot- und Lebensmittelhändlerin in Wilhelmsburg.

Nach Kriegsende stellte sie sich sofort wieder für die politische Arbeit zur Verfügung. Von 1946 bis 1962 besaß Berta Kröger ein Mandat als Bürgerschaftsabgeordnete. Außerdem fungierte sie als Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Nord-West und des Bezirksfrauenausschusses, seit 1957 war sie Mitglied des Präsidiums der Bürgerschaft. Als Mitglied der Gefängnisdeputation galt ihr Engagement der Verwirklichung eines humanen Strafvollzuges, in verschiedenen Bürgerschaftsausschüssen setzte sie sich für Wiedergutmachung, Kriegsgeschädigte und Vertriebene ein. Sie war außerdem Kuratoriumsmitglied des Wilhelmsburger Krankenhauses. Berta Kröger starb am 14. Januar 1962 in Hamburg.

Gerda Kohn (1905–1994)

Gerda Kohn, geborene Böckmann, kam am 18. Juli 1905 in Oldenburg (Oldenburg) zur Welt, wo ihr Vater Angestellter in einer Buchhandlung war. 1911 zog die Familie nach Klein-Flottbek, einer Randgemeinde der damals noch preußischen Stadt Altona. Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs ließen sich die Eltern scheiden. Gerda zog mit ihrer Mutter nach Barmbek und ließ sich nach ihrer Schulausbildung zur Kindergärtnerin ausbilden. Zur Arbeiterwohlfahrt kam sie im Januar 1925, als sie für 20 Monate die Leitung einer AWO-Kindertagesstätte in der Tarpenbeckstraße antrat. Danach absolvierte sie eine Ausbildung zur Jugendleiterin, um die Leitung in verschiedenen Jugendeinrichtungen übernehmen zu können.

Ab 1930 leitete sie das Kindertagesheim im Nagelsweg, das zum Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt für alleinstehende, erwerbstätige Mütter gehörte. Im selben Jahr heiratete sie ihren Jugendfreund Reinhard Kohn, einen aktiven Sozialdemokraten und angehenden Juristen. Das Ehepaar schloss sich dem sozialdemokratischen Umfeld in ihrem Barmbeker Wohnviertel an und beteiligte sich dort am Aufbau der Arbeiterwohlfahrt. Etwa drei Jahre später verlor Reinhard Kohn aufgrund des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 seine Beschäftigung. Die Familie mit der 1933 geborenen Tochter Elsbeth und dem Sohn Jürgen, der 1936 zur Welt kam, lebte von geringer staatlicher Unterstützung und befristeten Tätigkeiten Reinhards.

„Auszeichnung für ihr soziales Engagement“

Nach 1945 engagierte sich Gerda Kohn für den Wiederaufbau der Arbeiterwohlfahrt in Barmbek und wurde Vorsitzende des Distriktes Barmbek-Nord. Seit 1950 entfaltete sie zudem zunehmend kommunalpolitische Aktivitäten im ansässigen SPD-Distrikt. Zunächst befasste sie sich mit Fragen des Wiederaufbaus in der kommunalen Infrastruktur, bald aber wandte sie sich Kinder- und Jugendeinrichtungen zu.

Nach ihrem kommunalpolitischen Ausscheiden konzentrierte sie sich ab 1970 auf die Seniorenarbeit in der AWO. Als Mitbegründerin des „Altenkreises“ Barmbek-Nord organisierte sie Treffen im Vereinslokal einer Kleingartenkolonie, 1974 folgte der Umzug in die neu errichtete Seniorentagesstätte am Habichtsplatz. Dort engagierte sich Gerda Kohn noch bis 1988 ehrenamtlich. Für ihr soziales Engagement wurden Gerda und Reinhard Kohn 1984 mit der „Medaille für treue Arbeit im Dienste des Volkes“ ausgezeichnet. Gerda Kohn starb 1994 in Hamburg.

Marta Damkowksi (1911–1982)

Marta Damkowski, geborene Bröker, kam am 16. März 1911 in Stade zur Welt. Ihre Eltern waren als Sozialdemokraten politisch aktiv, der Vater als Stadtverordneter, ihre Mutter als Kreistagsabgeordnete. Bereits als Zwölfjährige trat sie der Sozialistischen Arbeiterjugend bei, 1928 wechselte sie zum Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK). Nach der Obersekunda-Reife begann sie eine Lehre als landwirtschaftliche Rechnungsführerin. Mit einem Stipendium studierte sie ab 1932 an der Philosophisch-Politischen Akademie des ISK, die 1933 von den Nationalsozialisten geschlossen wurde. In dieser Zeit schloss sie sich dem Widerstand an, musste daher unter ständiger Angst, von der Gestapo festgenommen zu werden, häufig umziehen. Dennoch wurde sie 1937 mit ihrem späteren Ehemann inhaftiert und in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat vom Volksgerichtshof zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Nach Haftende heiratete Marta Bröker im Februar 1939 ihren Lebensgefährten Herbert Damkowski und ließ sich mit ihm in Hamburg nieder. 1941 kam ihr Sohn Wulf zur Welt. Herbert Damkowski starb 1944 als Soldat eines Strafbataillons.

„Streitbare und eloquente Frauenpolitikerin“

Nach dem Krieg gehörte Marta Damkowski von 1946 bis 1953 der Hamburger Bürgerschaft an, bis 1949 war sie als SPD-Frauensekretärin tätig. Sie beteiligte sich am Aufbau des Referats Familienförderung in der Sozialbehörde, sowie an der Gründung von Pro Familia. Im Rahmen ihrer Tätigkeit als Verwaltungsangestellte der Justizbehörde leitete sie von 1952 bis 1958 die Frauenhaftanstalten am Holstenglacis und auf Hahnöversand.

Als engagierte Sozial-, Familien- und Frauenpolitikerin beteiligte sich Marta Damkowski im Landesvorstand an den Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt und wurde stellvertretende Vorsitzende. Seit 1949 leitete die streitbare und eloquente Frauenpolitikerin den Ausschuss für soziale Fragen und wurde Mitglied des Bundesfrauenausschusses. Ihr sozialpolitisches Anliegen galt vor allem einer grundlegenden Reform des Paragrafen 218, bereits 1964 erreichte sie als Leiterin des Referats Frau und Familie die Finanzierung einer Beratungsstelle für Geburtenregelung. Ihre Vorstandsarbeit bei der Arbeiterwohlfahrt nutzte sie, um gemeinsam mit Pro Familia Hamburg ein Familienplanungszentrum zu gründen, dessen Eröffnung sie kurz vor ihrem Tod noch erlebte. Marta Damkowski starb am 9. August 1982 in Hamburg.

Literaturhinweise:

Hagemann, Karen: „Wir wollen zum Köhlbrand!“ Geschichte und Gegenwart der Hamburger Arbeiterwohlfahrt 1919–1985, Hamburg 1985.

Juchacz, Marie; Heymann, Johanna: Die Arbeiterwohlfahrt. Voraussetzungen und Entwicklung, Berlin 1924.

Miller, Susanne: Marie Juchacz – ihre Zeit, ihr Leben, ihr Werk. In: AWO Bonn: Helfen und Gestalten. Beiträge und Daten zur Geschichte der Arbeiterwohlfahrt, Bonn 1979, S. 6–14.

Monat, Anneliese: Sozialdemokratie und Wohlfahrtspflege: ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Arbeiterwohlfahrt, Stuttgart 1961.

Niedrig, Heinz (u.a.): Arbeiterwohlfahrt. Verband für soziale Arbeit – Geschichte, Selbstverständnis, Arbeitsfelder, Daten, Wiesbaden 1987.

Thiele, Dieter; Saloch, Reinhard: Gerda Kohn: ein tätiges Leben. Hamburg 1995.
Wickert, Christl: Unsere Erwählten, Sozialdemokratische Frauen im Deutschen Reichstag und im Preußischen Landtag 1919 bis 1933, Bd. 2, Göttingen 1986.

Koerfer, Marthina: Louise Schroeder, Schriften des Sozialpädagogischen Institut, Berlin 1987.

Schmidt, Hans-Günter / Thienel, Helga Magdalena: Letzte Heimkehr nach Ottensen. Deutschland trauert um die Politikerin Louise Schroeder. In: Stadtteilarchiv Ottensen (Hg.): Unterwegs in Ottensen, Hamburg 2010, Seite 116–119.

Thienel, Helga Magdalena: Louise Schroeders Leben und Wirken in Altona und Ottensen. Impulse für ihr lebenslanges demokratisches Engagement. In: Mitteilungen des Hamburger Arbeitskreises für Regionalgeschichte (HAR), Bd. 48, 2008, Seite 83–90.

Impressum

AWO Landesverband Hamburg e.V.
Witthöfftstraße 5-7
22041 Hamburg
Telefon: 040 - 41 40 23-0
www.awo-hamburg.de

V.i.S.d.P.: Michael Schröder,
Landesgeschäftsführer

Konzept & Redaktion:
Historiker-Genossenschaft eG, Hamburg;
Annika Hansen, Renate Polis (AWO Hamburg)
Autor_innen:
Dr. Andrea Brinckmann,
Historiker-Genossenschaft eG, Hamburg;
Kurzbiografie Louise Schroeder:
Dipl.-Soz. Helga Magdalena Thienel;
www.awo.org (S.17.)

Gestaltung:
pixylon: Indra Siemsen
Druck:
saxoprint

Stand: September 2015

Fotosnachweise
S. 5: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 7: Geschichtswerkstatt Barmbek, Foto: privat
S. 8: Geschichtswerkstatt Barmbek, Foto: privat
S. 9: Archiv AWO Landesverband Hamburg e.V.; Staatsarchiv Hamburg, 221-5/1930.2.16
S. 10: 123RF, Urheber: Deborah Benbrook
S. 11: Staatsarchiv Hamburg, 221-7/1946.021
S. 12: Staatsarchiv Hamburg, 221-7/1946.013
S. 13: Privatbesitz Muche-Kohn
S. 14: Archiv AWO Landesverband Hamburg e.V.
S. 15: Archiv AWO Landesverband Hamburg e.V.
S. 16: Nicola Maria Jäger und Kathrin Erbe
S. 18: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 19: Staatsarchiv Hamburg, 121-3 I/A17 (Nr.176)
S. 20: AdsD / Friedrich-Ebert-Stiftung
S. 22: SPD-Archiv, Hamburg, Urheber: Georg Menz
S. 23: SPD-Archiv, Urheber unbekannt
S. 24: Privatbesitz Muche-Kohn
S. 25: SPD-Archiv, Hamburg, Urheber: Georg Menz
S. 26: Staatsarchiv Hamburg
S. 28 (Mitte): Archiv AWO Landesverband Hamburg e.V.

Rahmendesign (Vintage-Fotos/-Papiere):
123RF, Urheber: Tolga TEZCAN, Dmitriy Denysov, Vadim Yerofeyev, Phatthanit Roengsamran
shutterstock: Urheber: Picsfive, Vitaly Korovin, Ensuper

Trotz größter Sorgfalt konnten die Urheber bzw. Inhaber der Urheberrechte des Bildmaterials nicht in allen Fällen ermittelt werden. Es wird gegebenenfalls um Mitteilung gebeten.

FSC
www.fsc.org
MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C108521

KOHLBRAND
Freundschaft